

Wahlaktivitäten zur Kommunalwahl und Europawahl

Es stehen Wahlen an. Das ist die Zeit großer Versprechungen und genährter Illusionen. Immer das gleiche Procedere. Im Großen wie im Kleinen, in Zeitz wie im Bund, im Land und andernorts. Die Akteure stellen populäre Forderungen auf, versprechen allerlei und machen sich zum Fürsprecher von Wahrheit und Gerechtigkeit. Nach der Wahl reden sie dann von „unvermeidbaren Notwendigkeiten“ und bedauerlichen „Sachzwängen“. Das Wahlvolk bekommt wenig bis überhaupt nichts der fest zugesagten Verbesserungen zu spüren. Eher tritt das Gegenteil ein. Wortbruch? Die beteiligten Politiker der etablierten Parteien gleichen sich grundsätzlich und über Parteigrenzen hinweg. Unterschiede zwischen Zeitzer und auswärtigen Verhältnissen sind eher gradueller anstatt prinzipieller Natur. Die Aktivitäten dieser Wahlkämpfer sind bloß inhaltslose Kulthandlungen mit eventuell wechselnder Dekoration.

Immer mehr Wähler erkennen das und wählen nicht mehr. Eine beunruhigende und vor allem falsche Tendenz. Was ändert denn an den Umständen, wer ein solches „gemeinsames Europa“ wohlbegründet als ein Europa der gemeinsam ausgebeuteten einfachen Leute ablehnt und der Wahl deshalb fernbleibt? Da ist doch anlässlich der Wahl und - noch besser - auch bei anderer Gelegenheit entsprechende Meinungsbekundung gewiss hilfreicher. Eines ist freilich hierbei unverzichtbar: Augen und Ohren ganz weit öffnen und die Taschen zu! Nicht nach ihren Worten, sondern nur nach ihren Taten sind Menschen verlässlich zu bewerten. Warum nicht auch Politiker? Sie sind doch auch Menschen.

Warum soll vergessen sein, wessen Politik Hartz IV ermöglichte und erforderte? Wer hat den völkerrechts- und grundgesetzwidrigen NATO-Überfall auf Restjugoslawien zu verantworten? Wer mästet die Konzerne und wer reduziert Kranken- und Rentenkassenleistungen? Wer zerstört soziale Sicherungssysteme? Wo sind hier bei den etablierten Parteien Unterschiede

zu erkennen? Alles vergessen und vergeben? Und: Wer bewies in der Vergangenheit wirklich eine andere Haltung?

Oder zu Zeitz: Wer im Stadtrat hat den Michaelpark und das Einkaufszentrum in der ehemaligen Lackfabrik - in unmittelbarer Nähe mehrerer Lebensmittel-Discounter - bejaht und damit die am Schützenplatz ausbleibende Innenstadtversorgung zu verantworten? Wer hat einen Grundsatzbeschluss gefasst zur Gründung einer städtisch finanzierten, aber privat und stadunabhängig betriebenen Stadtmarketinggesellschaft? Diese Gesellschaft wird wie jede GmbH ein - von der Stadt gewährtes oder verbürgtes - haftendes Gesellschaftskapital benötigen. Dieses Kapital wird im Falle eines möglichen Konkurses als Konkursmasse verloren sein, sofern die Stadt dann nicht für die privaten Betreiber in die Schuld eintreten will oder kann. Eine Katastrophe, sollte zu diesem Kapital auch das teuer sanierte Gelände der ehemaligen LAGA gehören ...

Es gibt aber auch Lustiges von Wahlereignissen zu berichten: Zunächst einmal ist freilich nicht lustig, wenn aus SPD und CDU alle ehemaligen Freunde, Wahlhelfer und Unterstützer eines ehemaligen 4-Monats-Oberbürgermeisters sich nun als städtische Notretter gebärden. Diese und andere nachdrücklichen Befürworter eines von der Kommunalaufsicht wegen gravierender Unzulässigkeiten und Rechtsmängel verworfenen Stadthaushalts stellen sich dreist als Sachkenner dar. Aber lustig kann werden, was gegebenenfalls aus Wahlerwägungen völlig legal in Deutschland möglich ist: Da wohnt ein Unternehmer namens Sven Schulze-Knechtel in Bergisdorf im neu erbauten Haus mit Frau und Kind, auch in Nachbarschaft zu dem ebenfalls neu erbauten, von der Schwiegermutter bewohnten Haus. Aber Bergisdorf gehört nicht zur Einheitsgemeinde Stadt Zeitz, sondern zur Verwaltungsgemeinschaft Droyßiger Forst. In diesem Frühjahr nun nahm dieser Herr Wohnung in Zeitz am Neumarkt und kann damit zur Stadtratswahl in Zeitz kandidieren. Natürlich kann er, es wäre völlig gesetzeskonform, nach möglicherweise ungünstigem

Wahlausgang wieder in das Bergisdorfer Haus zu seiner Familie umziehen und dann dort in der Verwaltungsgemeinschaft Droyßiger Forst kandidieren. Ist doch lustig, oder etwa nicht? Jedenfalls kennzeichnet es die politischen Methoden der etablierten Parteien, die tragende Partei des Kandidaten und ihre schweigenden „Konkurrenten“!

Allerdings:

Wir empfinden das alles als Wählertäuschung.

Das wahre Ausmaß von Widersprüchen gegen fehlerhafte Bescheide der ARGE

Nach eigenen Angaben der ARGE SGB II BLK sind 7.654 Widersprüche auf Bescheide der ARGE im Jahr 2008 eingegangen. Das sei zwar eine hohe Zahl, die sich aber angesichts von 260.000 Postvorgängen für 29.000 Arbeitslose in 16.000 BG's relativiere, so Berndt Lampe - Geschäftsführer der ARGE. An der Veröffentlichung dieser Zahlen sieht man wieder einmal, dass Zahlen schön gerechnet und absichtlich verfälscht dargestellt werden, um das wirkliche Ausmaß des Elends zu verschleiern.

Erst einmal kann man die Anzahl der Widersprüche nicht ins Verhältnis zu Postvorgängen setzen. Vielmehr muss die Widerspruchszahl im Verhältnis zur Antragszahl stehen. Nach Angaben von Lampe sind 2008 bei der ARGE 38.000 Anträge bearbeitet worden. Hieraus ergibt sich eine Widerspruchsquote von 20,14%. Richtig, Herr Lampe, eine sehr hohe Zahl.

Die 20 Juristen der Widerspruchsstelle würden in 37% der Fälle Fehler entdecken, das sei bundesweit günstig. Auch diese Zahlen sind geschönt. Oftmals werden Widersprüche „von Amts wegen“ geändert und gleich datierend wird der Widerspruch zurückgewiesen, weil ja dem Widerspruch bereits im Vorfeld von Amts wegen abgeholfen worden sei. Wer sich seine Zahlen so zurechtbiegt, der steht halt bundesweit günstig da.

Wegen ablehnender Widerspruchsentscheidungen seien 1.183 Sozialgerichtsklagen eingereicht worden, von denen 888 im Jahr 2008

entschieden worden seien, so Lampe weiter. Mehr als die Hälfte davon sei zu Gunsten der Kläger entschieden worden. Es bleibt also festzuhalten: Mehr als die Hälfte der Widerspruchsentscheidungen der Lampe-Behörde war mit der Gesetzgebung des SGB II unvereinbar - eine sehr, sehr hohe Anzahl, Herr Lampe.

In die Zukunft seiner Behörde schauend erklärt Lampe, er möchte die Zahl der Widersprüche zukünftig gern senken. Das könne z.B. durch Einreichung von Überprüfungsanträgen erfolgen, was viel zu wenig genutzt werde. Der Autor dieses Artikels hat in der Vergangenheit mehrfach Überprüfungsanträge gestellt. Dies hielt die ARGE nicht davon ab, den Schriftsatz als Widerspruch zu führen, ihn wegen Verfristung abzulehnen, ihn anschließend als Überprüfungsantrag zu werten und ihn dann im Sinne des Antragstellers zu entscheiden. Na Sie wissen schon - Verschönerung (man könnte es auch Fälschung nennen) der Statistik.

Noch im Jahr 2009, so Lampe weiter, soll erreicht werden, die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Widersprüchen auf drei Monate zu senken. Schön, Herr Lampe, dann haben wir den Zustand, der eigentlich gesetzlich vorgeschrieben ist. Auch könne er sich eine Beratungsstelle im Hause vorstellen, die Bescheide prüft und über Zusammenhänge aufklärt. Der Autor dieses Artikels kann sich das nicht vorstellen, denn Sinn macht so eine Beratung nur, wenn sie unabhängig erfolgt. Es erscheint unglaubwürdig, dass der „beratende“ Mitarbeiter der ARGE sämtlichst für falsch erklärt, was seine Behörde beschieden hat und dem Betroffenen nützliche Ratschläge erteilt, wie er dagegen vorgehen kann. Bei näherer Betrachtung wird sich das wohl auch ARGE-Chef Lampe nicht vorstellen können. Hier soll wohl nur weiter Zahlenwerk geschönt werden und Betroffene unter Druck gesetzt werden, berechnete Rechtsbehelfsverfahren zu führen, die hohe Aussicht auf Erfolg haben.

Wenn Herr Lampe unbedingt etwas zur Verbesserung in seiner Behörde beitragen will, soll er erst einmal anweisen, dass Betroffene in

ORTZkunde

Jahrgang 1 • Nr. 05 • 25. Mai 2009

« Journal für soziale und politische Themen »

Herausgegeben von „OFFENER RUNDER TISCH ZEITZ“



<http://ortz.oestliche.gefil.de>

Inhalt:

- | | |
|--|------|
| 1. Wahlaktivitäten zur Kommunalwahl und Europawahl | S. 1 |
| 2. Das wahre Ausmaß von Widersprüchen gegen fehlerhafte Bescheide der ARGE | S. 2 |
| 3. Sind Volksentscheide ein „primitives Instrument“? | S. 3 |
| 4. In eigener Sache - 230. Montagsdemonstration in Zeitz! | S. 3 |

Leistungsangelegenheiten wieder einen persönlichen Sachbearbeiter bekommen, dass telefonische Durchwahlen zu dem Mitarbeiter und nicht zu irgendwelchen Hotlines erfolgen und das Vorgesetzte in der Behörde wieder Weisungsrecht gegen abgehoben arrogant gewordene unterstellte Mitarbeiter erlangen.

Sind Volksentscheide ein „primitives Instrument“?

Der Offene Runde Tisch Zeitz (ORTZ) fragt sich, warum lehnen laut kürzlich durchgeführter Bundestagsdebatte, CDU sowie SPD als sogenannte Volksparteien, Volksentscheide auf Bundesebene ab? Die CDU bezeichnet Volksentscheide auf Bundesebene als ein „primitives Instrument“. Das bedeutet im Umkehrschluss, die CDU sowie SPD betrachten die Bürger als primitives Stimmvieh. Kann es sein, dass CDU und SPD Angst vor einer wirklichen demokratischen, sprich volksherrschaftlichen, Mitwirkung und echter demokratischer Entscheidungsfreiheit des Bürgers haben?

Angesichts der Mai-Krawalle und der darauf folgenden Bundestagsdebatte erklärt der ORTZ nochmals, auch entsprechend seiner Satzung, seine Ablehnung und Verurteilung jeder Gewalt, egal von welcher Seite sie erfolgt. Im übrigen sind Steine, Knüppel, Brandflaschen und Wasserwerfer keine Argumente oder Mittel echter demokratischer (volksherrschaftlicher) Politik.

Wer Linke und autonome Steinwerferchaoten in einen Topf wirft, wie es die CDU praktiziert,

Der "OFFENE RUNDE TISCH ZEITZ" (ORTZ) ist ein zeitlich begrenztes Bürgerbündnis mit dem Ziel, eine solidarische Plattform zum gewaltfreien Protest gegen den ungehemmten Sozialabbau und die Abschaffung der "Hartz-Gesetze" zu organisieren.

Homepage: <http://ortz.oestliche.gefil.de>

Email: ortz@gmx.de

begeht bewusste Tatsachenverdrehung und primitive politische Hetze! Warum schweigt die CDU, als einzige Partei im deutschen Bundestag, zu bundesweiten Angriffen von Neonazis auf Gewerkschaftsdemos?

In eigener Sache

230. Montagsdemonstration in Zeitz

Am 8. Juni 2009 findet in Zeitz die 230. Montagsdemonstration gegen Hartz-IV, gegen Sozial- und Demokratieabbau statt.

Es ist eine traurige Tatsache, dass jene Missstände immer noch existieren, welche zur Gründung dieser Bürgerbewegung geführt haben. Noch trauriger ist allerdings, dass sich die meisten Menschen mit dieser Situation abgefunden haben. Sie fügen sich in ein Leben am Rande der Menschenwürde, am Rande der Existenz, mit Kinderarmut auf Rekordhöhe, mit extremer Ausbeutung in Leiharbeitsfirmen und 1-€-Jobs, ohne existenzsichernde Entlohnung.

Wollen Sie das wirklich? Glauben Sie, diese Situation bessert sich von selbst? Dann können Sie sich entspannt auf ihrem Sofa zurücklehnen und von RTL und SAT.1 berieseln lassen.

Anderenfalls müssen Sie aktiv werden! Die Demo am 8.6.2009 wäre ein guter Anfang für Ihren Protest. Dort können Sie auch mit anderen Betroffenen sprechen, sagen, was Sie bewegt, oder einfach nur unseren Rednern bzw. Gastrednern zuhören.

OFFENER RUNDER TISCH ZEITZ (ORTZ)

Der "OFFENE RUNDE TISCH ZEITZ" (ORTZ) organisiert und leitet die **Kundgebungen bzw. Montagsdemonstrationen**, die jeden Montag auf dem Schützenplatz in Zeitz stattfinden:

01.04. bis 30.09. um 18:00 Uhr

01.10. bis 31.03. um 17:00 Uhr

(außer an gesetzlichen Feiertagen)